

BAUAUSSCHUSS: Beratungsgremium soll sich demnächst konstituieren / Arbeitsgemeinschaft Lampertheimer Altrhein bleibt außen vor

Kritische Worte in Debatte über Altrhein-Projektbeirat

Von unserem Redaktionsmitglied Uwe Rauschelbach

LAMPERTHEIM. Für einen Projektbeirat, der sich um die weiteren Geschicke des Lampertheimer Altrheins kümmern soll, hat sich jetzt der Stadtentwicklungs-, Energie- und Bauausschuss ausgesprochen. Der Antrag der SPD/FDP-Koalition wurde jedoch teilweise kontrovers diskutiert. Außerdem wird das Gremium zumindest auf absehbare Zeit auf die Mitarbeit durch die neu gegründete Arbeitsgemeinschaft Lampertheimer Altrhein (ALA) verzichten müssen.

"Wir gehen einen anderen Weg", sagt Werner Reuters vom Fährverein Nibelungenland, der die ALA zusammen mit Otto Edinger vom Wirtschafts- und Verkehrsverein (WuVV) gegründet hat. Wie berichtet, bemüht sich die Arbeitsgemeinschaft beim Wasser- und Schifffahrtsamt um eine Klärung der Zuständigkeitsfrage am Altrhein. Die ALA sieht die Verantwortung - auch in Bezug auf die sogenannte Mannheimer Akte von 1868 - beim Bund. Sie zieht daraus den Schluss, dass der Bund für einen ausreichend hohen Wasserstand zu sorgen habe.

Die Forderung der ALA lautet: Der Bund soll den Altrhein im Abschnitt zwischen Kilometer 2,6 und 4,75 bis auf eine Breite von mindestens 15 Metern entschlammen. In diesem Ziel stimmt die Arbeitsgemeinschaft mit den anderen Akteuren, etwa den Wassersportvereinen oder der Initiative "Rettet das Naturschutzgebiet Lampertheimer Altrhein", weitgehend überein. Dennoch verspricht sich Reuters von einem gemeinsamen Vorgehen derzeit keine positiven Effekte. Zumal die Auffassung, die Zuständigkeitsfrage am Lampertheimer Altrhein zugunsten der Stadt rechtlich lösen lassen zu können, von Verwaltung und Politik nicht mit dem gleichen Optimismus geteilt werde.

Tourismus im Blick

Natürlich würde sich ALA-Sprecher Reuters die Unterstützung durch die städtischen Gremien wünschen. Zumal der Bürgermeister den touristischen Wert von Altrhein und Naturschutzgebiet betont habe. Doch will sich Reuters vom jetzt eingeschlagenen Rechtsweg nicht beirren lassen. Gehe es doch nun darum, eine Situation zu schaffen, "dass der Bund das tut, was er tun muss".

Der "Frischling"-Kapitän bestreitet im Gespräch mit dieser Zeitung, ihm gehe es am Altrhein nur um die Sicherstellung des Fährbetriebs. Denn die Fähre könne auch in flachen Gewässern verkehren. Im Interesse des Tourismus würde eine entsprechend tiefe und breite Fahrrinne aber den Betrieb von Fahrgastschiffen ermöglichen und die Anziehungskraft Lampertheims stärken. Reuters ist auch nicht von der angeblichen Alternativlosigkeit der Munitionssuche im Altrhein überzeugt. Im Zusammenhang mit der Zuständigkeit müsste auch hier der Bund aktiv werden, meint der ALA-Sprecher. Die Arbeitsgemeinschaft habe deshalb auch eine Anfrage ans Wasser- und Schifffahrtsamt gestellt, inwieweit es Kenntnisse über ein Munitionsaufkommen im Altrhein gibt. Reuters ist davon überzeugt, dass die Behörde hierüber Auskunft geben kann und die Stadt womöglich vor einer unnötigen Investition - im Haushalt wurden 100 000 Euro für die Munitionssuche bereitgestellt - bewahren könne. Eine Antwort erwartet er in den nächsten Tagen.

Unterdessen hat SPD-Fraktionschef Marius Schmidt im Bauausschuss die Einberufung eines Projektbeirats begründet. Er solle Informationen als Grundlage für politische Entscheidungen liefern. Das Gremium solle nicht zu groß sein, aber wichtige Akteure einbeziehen: Vertreter der Fraktionen, der Verwaltung, des Naturschutzes, des Wassersports und der Initiative "Rettet das Naturschutzgebiet Lampertheimer Altrhein". Der Projektbeirat solle ferner regelmäßig im Fachausschuss Bericht erstatten.

Ein "umfangreiches Themenfeld", vermutete FDP-Fraktionsmitglied Helmut Hummel, der zudem bedauerte, dass die Arbeitsgemeinschaft Lampertheimer Altrhein nicht im Projektbeirat vertreten sein wolle. Hummel verglich den zu gründenden Projektbeirat mit dem Projektbeirat Altlasten Neuschloß (PAN), dessen Arbeit sich im Stadtteil bewährt habe.

Grünen-Fraktionsmitglied Gregor Simon fragte im Ausschuss an, ob dem Bund nicht eine Verkehrssicherheitspflicht nachgewiesen werden könne, sollte sich die Vermutung bestätigen, dass die Wassersportler auf dem Altrhein noch scharfe Munition unterm Kiel hätten. Die Grünen regten zudem an, Vertreter einer Firma zu einer Informationsveranstaltung nach Lampertheim zu holen, die auf das Entschlammen von Gewässern spezialisiert ist. Im Ausschuss wurde befürwortet, eine solche Informationsveranstaltung in einer gemeinsamen Sitzung von Ausschuss und Projektbeirat zu initiieren.

Störmer: Im Geschäft bleiben

Mit kritischen Worten meldete sich unterdessen Bürgermeister Gottfried Störmer zu Wort: Die Verwaltung müsse beim Altrhein "nach wie vor im Geschäft bleiben" und dürfe ihre Befugnisse nicht an einen Beirat delegieren. Auch sah Störmer die am Altrhein beteiligten Interessengruppen im Konzept für das Gremium nicht genügend repräsentiert. Zudem sei ihm das Ziel, das der Projektbeirat verfolge, noch nicht klar genug definiert.

© Südhessen Morgen, Donnerstag, 30.06.2016



Mehr km voller Abenteuer?

Anzeige

Strandausflug? Kurzurlaub in die Berge? Roadtrip? Wenn Ihre Reifen 8000 km länger halten würden, wohin würde Ihre Reise gehen? >> [mehr](#)